

Beiderseits des Atlantiks entfacht das geplante Freihandelsabkommen TTIP (in den USA: TAFTA) erhebliche Proteste, die wir als Teil eines internationalen Bündnisses gegen TTIP zusammenführen möchten. Bei diesem Factsheet handelt es sich um eine leicht überarbeitete und teilweise gekürzte Übersetzung der Info-Materialien unseres US-amerikanischen Partners Public Citizen. Originale unter www.citizen.org/tafta



TAFTA Studien sagen winzige wirtschaftliche Gewinne voraus und ignorieren hohe Kosten, die durch Abschaffung von Umwelt-, Gesundheits-, Finanz- und anderen Schutzmaßnahmen entstehen

Sicherheitsstandards für unser Essen, unsere Medizin und unsere Verkehrsmittel, auf die wir uns täglich verlassen, Energie- und Klimaschutzmaßnahmen, die benötigt werden, um unseren Planeten vor Zerstörung zu bewahren, neue Finanz-Regeln, die Banken davon abhalten sollen, mit unserem Geld zu zocken und eine neue Krise heraufzubeschwören, all dies sind Grundsätze, die in öffentlichen demokratischen Verhandlungsprozessen festgelegt werden sollten. Aber eine Gruppe der größten US-amerikanischen und europäischen Banken und Konzerne will diese Schutzvorkehrungen hinter verschlossenen Türen umschreiben. Seit über 10 Jahren drängen sie auf ein neues Freihandels-Abkommen mit Europa, "TAFTA" („Trans-Atlantic Free Trade Agreement“), einen Deal, der Verbraucherschutz auf beiden Seiten des Atlantiks zurückdrängen würde, und dem Lobbyisten der Konzerne mit dem Namen „Transatlantic Trade and Investment Partnership“ (TTIP) jetzt ein neues Image verpassen wollten. Eigentlich nur ein „Handels“-Abkommen, würde TAFTA von den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union verlangen, nationale Finanzgesetze und -vorschriften, Standards zu Klimapolitik, Nahrungsmitteln, Verbraucherschutz, Produktsicherheit, Datenschutz und anderen Gesetzen an die TAFTA-Regeln anzugleichen. EU- und US-Unterhändler begannen die TAFTA-Verhandlungen im Juli 2013 und wollen das weitreichende Abkommen in 2014 besiegeln.

Um eine derart dramatische Änderung nationaler Standards an US- und EU-Politiker und die Öffentlichkeit verkaufen zu können, behaupten Konzern-Lobbygruppen und die TAFTA-Unterhändler, das Abkommen brächte wirtschaftlichen Nutzen. Die TAFTA-Vertreter der Konzerne verweisen immer wieder auf einige wenige theoretische Studien, um Behauptungen, das Abkommen brächte größere

nationale Einkommen, zu begründen. Diese Studien sind wissenschaftlich durchaus umstritten, zumal schon frühere Verträge die versprochenen Wachstumssteigerungen oft nicht erbracht haben. Die Studien nutzen dubiose Annahmen, um TAFTAs wirtschaftliche Auswirkungen zu prognostizieren, die von Ökonomen verschiedener Institutionen wie den UN angezweifelt werden. Ähnliche Studien, die dazu dienten, vorangegangene Verträge zu bewerten, brachten äußerst ungenaue Gewinnprognosen hervor. Doch selbst wenn man alle Annahmen unabhängig von ihrer Verifizierbarkeit akzeptiert, resultiert aus den Studien nur ein geringfügiger wirtschaftlicher „Nutzen“. Obendrein ignorieren sie TAFTAs voraussichtliche Kosten für VerbraucherInnen, ArbeiterInnen und die Umwelt, trotz der reichlich vorhandenen Beweise solcher Belastungen.

Pro-TAFTA Studie prognostiziert Handels-„Gewinn“ von einem Dollar im Monat

Ein Standard-Argument für „Freihandels“-Abkommen, die Zölle vermindern und somit den Handel fördern würden, lautet, dass der allgemeine Nutzen durch Zugang zu billigeren Importen den Schaden für die Menschen, die ihren Job verlieren, überwiege. Aber die Zölle zwischen den Vereinigten Staaten und der EU sind „bereits relativ niedrig“, wie vom US- Handelsvertreter eingestanden wurde. Die EU- und US-Beamten, welche TAFTA vorantreiben, räumten bereitwillig ein, dass das primäre Ziel von TAFTA nicht die Reduzierung von Zöllen sei, sondern „das Abschaffen, Abmildern oder Verhindern unnötiger Bestimmungen beim jeweiligen Handelspartner „hinter der Grenze“, wie z.B. nationale Finanzvorschriften, Klimaschutzvorgaben, Standards für Nahrungsmittelsicherheit und Regeln für Produktsicherheit

Deshalb brachten auch Studien, die sich nur auf den Effekt möglicher Reduzierung von Zöllen durch TAFTA fokussierten, dürftige Schätzungen wirtschaftlicher Auswirkungen. TAFTAs geringe Steigerung des Handelsvolumens liegt selbst bei optimistischer Betrachtung bei einem geringfügigen „Nutzen“ von einem Dollar pro Person im Monat. Auch diese Zahl ist unrealistisch, da sie auf der Annahme beruht, sämtliche existierenden Zölle zwischen der EU und den USA würden durch das Abkommen komplett beseitigt – ein unwahrscheinliches Szenario, da die EU bereits erklärt hat, dass besondere Produkte von Zollreduzierungen ausgenommen werden sollen.

Studien ignorieren Kosten, nutzen andererseits übertriebene Annahmen, um aus reduzierten Schutzbestimmungen geringe Vorteile zu konstruieren

Andere Studien, die von Pro-TAFTA-Beamten und Wirtschafts-Verbänden angepriesen werden, fokussieren sich nicht auf die Zollreduzierungen, sondern auf das zentrale Ziel des Abkommens, nämlich Gesundheits-, Finanz-, Umwelt- und andere gemeinnützige Regulierungen (welche die Bezeichnung „nicht-tarifäre Hemmnisse“ oder „Handelsbarrieren“ erhalten haben) abzubauen. Geleakte EU-Positions-Papiere haben enthüllt, dass TAFTA die Staaten verpflichten könnte, den Handel mit Produkten und Dienstleistungen, die nicht die Auflagen ihrer eigenen nationalen Sicherheitsvorschriften erfüllen, durch „gegenseitige Anerkennung“ und „Angleichungs-Prozesse“ zu erlauben. Ferner, dass TAFTA Verpflichtungen zur Änderung der inländischen US- und EU-Verfahren beinhalten könnte, so dass sie mit den neuen transatlantischen Standards vereinbar werden, die zum Vorteil der Wirtschaft ausgehandelt wurden. Pro-TAFTA-Studien ignorieren die Folgekosten wegen Gesundheitsbeeinträchtigungen, Umweltschäden etc., die durch reduzierte Standards nachweislich entstünden, während sie zur gleichen Zeit Modelle

verwenden, die auf der unbewiesenen These basieren, Einschränkungen von Gesundheits-, Sicherheits- und Umweltschutzmaßnahmen brächten wirtschaftliche Vorteile für alle. Trotz dieser einseitigen Berechnungen können die Studien nur magere Prognosen für die wirtschaftlichen Gewinne durch TAFTA prophezeien.

Eine häufig zitierte Pro-TAFTA-Studie, von der Europäischen Kommission in Auftrag gegeben und vom Centre for Economic Policy Research verfasst, schätzt, dass TAFTA eine Steigerung von 0,2-0,4 Prozent des US-BIP bringen könnte (66-122 Milliarden Dollar mehr, allerdings erst im Jahr 2027). Dieser geschätzte Gewinn ist geringer als der, der vom neuesten iPhone erzielt wurde. Sowohl die sozialen und ökologischen Konsequenzen eines solchen Abbaus von Gesundheits-, Sicherheits-, Umwelt- und anderen gemeinnützigen Standards als auch die Kosten für die Verbraucher werden ignoriert.

Die Studie zählt auch die US-amerikanischen „regulativen Kapital-Anforderungen“, welche die Finanzunternehmen einschränkt, riskante Wetten anzunehmen, die zu Insolvenz oder finanzieller Instabilität führen könnten, zu den Hemmnissen. Tatsächlich kritisierte der Top-Finanzregulator der EU, Michel Barnier, wiederholt die vorgeschlagenen US-Kapitalanforderungen für Banken in ausländischem Besitz, die entwickelt wurden, um den exzessiven Kauf riskanter Papiere in Schranken zu halten – welcher zur großen Rezession geführt hatte – und forderte gleichzeitig, dass derlei Wall Street Reformen den TAFTA-Verhandlungen unterworfen werden. Eine so entscheidende Re-Regulierung mithilfe von TAFTA auszuhöhlen, würde das Risiko für weitere Buchhaltungsskandale und eine neue Finanzkrise erhöhen und die Realwirtschaft mit fatalen Folgen bedrohen. Solche Risiken lassen den erhofften kleinen und spekulativen Hüpfen im BIP keinesfalls wert erscheinen.